



Amtsgericht Blomberg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Mittwoch, 17.02.2027, 11:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal Saal 1, Kolberger Str. 1, 32825 Blomberg

folgender Grundbesitz:

Erbbaugrundbuch von Schieder-Schwalenberg, Blatt 3429,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Schieder-Schwalenberg, Flur 2, Flurstück 372, Gebäude- und Freifläche, Brahmsstraße 17, Größe: 821 m²

im Grundbuch von Schieder-Schwalenberg Blatt 3428 in Abteilung II unter Nr. 1 für die Dauer von 99 Jahren seit dem Tage der Eintragung ab bis zum 31.12.2092. Der Erbbauberechtigte bedarf der Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Veräußerung des Erbbaurechts sowie zu seiner Belastung mit einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld, Grunddienstbarkeit oder einer Reallast. Als Eigentümer sind Johannes Börgers geb. Brouwers, geboren am 02.02.1959 und Petra Börgers, geboren am 13.02.1963 zu je 1/2 eingetragen.

versteigert werden.

Erbbaurecht an dem Grundstück Gemarkung Brakelsiek Flur 2 Flurstück 372 eingetragen im Grundbuch von Schieder-Schwalenberg Blatt 3428 in Abteilung II Nr. 1 für die Dauer von 99 Jahren bis zum 31.12.2092.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 15.11.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

269.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.